

# BM

Das Magazin für  
Beamtinnen und Beamte

AUSGABE 02 · 2020



## VOLKSSPORT?

# GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE IM DIENST DER GESELLSCHAFT

VERGISS NIE  
HIER ARBEITET EIN  
MENSCH

### INTERVIEW

Elke Hannack: Betroffene Beschäftigte  
vermissen den gesellschaftlichen Respekt

### KOMMENTAR

Nicole Steingaß: Mich besorgt die  
kontinuierlich hohe Anzahl der Angriffe



# Die Welt hat einiges zu bieten. Genau wie Ihr Konto.

- ✓ **Weltweit gebührenfrei<sup>1</sup>**  
Geld abheben mit der kostenlosen Visa Card
- ✓ **Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst**
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote für Mitglieder von Gewerkschaften und Verbänden**

**0,– Euro**  
**Konto<sup>2</sup>**



**Jetzt online eröffnen:**  
[www.bbbank.de/weltweit](http://www.bbbank.de/weltweit)  
**oder Termin vereinbaren:**  
[www.bbbank.de/termin](http://www.bbbank.de/termin)

<sup>1</sup> 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. <sup>2</sup> Voraussetzungen: Konto mit Gehalts-/Bezügeingang, Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied. 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro.





**04**

**TITEL**

Volkssport?  
Gewalt gegen Beschäftigte  
im Dienst der Gesellschaft



**06**

**KOMMENTAR**

Mich besorgt die kontinuierlich  
hohe Anzahl der Angriffe  
Nicole Steingaß, Staatssekretärin  
im Mdl, Rheinland-Pfalz



**07**

**INTERVIEW**

Betroffene Beschäftigte vermissen  
den gesellschaftlichen Respekt  
Elke Hannack, stellvertretende  
Vorsitzende des DGB



**17**

**SERVICE**

Spielregeln für faire  
Personalratswahlen

**08 MELDUNGEN AUS BUND UND LÄNDERN**

**15 AUS DEN GEWERKSCHAFTEN**

**18 VERMISCHTES**

**LIEBE LESERINNEN UND LESER,**

stellen Sie sich einmal vor: Sie beginnen früh morgens als Krankenpflegerin oder Krankenpfleger Ihren Dienst in der Rettungsstelle. Gott sei Dank, Sie haben die Nacht gut geschlafen, haben Kraft für den vor Ihnen liegenden Tag sammeln können und sind guter Dinge, trotz einer bereits bis hierhin anstrengenden Arbeitswoche. Sie kümmern sich um die PatientInnen, sind freundlich und verrichten Ihre Arbeit. Bei einem Patienten müssen Sie eine Wunde versorgen. Bereits dabei bemerken Sie, dass der Patient Ihnen gegenüber eine aggressive Haltung hat. Sie gehen Ihrer Arbeit nach, sind höflich aber bestimmt. Mehr und mehr kippt die Stimmung. Sie werden beschimpft, warum alles so lange daure, werden bespuckt und gar noch bedroht.

Für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst und privatisierten Sektor sind solche und ähnliche Geschehnisse keine Einzelfälle mehr.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen mit der bundesweiten Initiative *Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch* genau darauf aufmerksam machen. Die Auftaktveranstaltung fand am 19. Februar in Berlin statt. Mehr dazu finden Sie auf [www.dgb.de/mensch](http://www.dgb.de/mensch). Zudem widmen wir uns in der Märzausgabe des BM ausführlich dem Thema Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft.



**Henriette Schwarz**  
Abteilungsleiterin,  
Abteilung Öffentlicher Dienst  
und Beamtenpolitik beim  
DGB-Bundesvorstand

Foto: Simone M. Neumann

**IMPRESSUM**



Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin | Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack | Redaktion: Alexander Boettcher, Danny Prusseit, Henriette Schwarz, Niels Spilker, Sigrid Werner | Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte, Schulstr. 30 c, 67125 Dannstadt-Schauernheim | Telefon: 0211 72134572, Telefax: 0211 7300275, [infoservice@beamten-informationen.de](mailto:infoservice@beamten-informationen.de), [www.dgb.de/beamtenmagazin](http://www.dgb.de/beamtenmagazin), [www.dgb.de/beamtenmagazinabo](http://www.dgb.de/beamtenmagazinabo) | Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen / Titelbild: Mike Meyer / Druck: B&W Druck und Marketing, Bochum | Druck auf Recyclingpapier, aus 100% Recyclingfasern, FSC®-zertifiziert | Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 27. Jahrgang / Jahresbezugspreis: 10,00 Euro inkl. Zustellgebühr | Jahresbezugspreis inkl. Ratgeber „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr



# VOLKSSPORT?

## GEWALT

## GEGEN BESCHÄFTIGTE

## IM DIENST

## DER GESELLSCHAFT

Um den Respekt vor Menschen in Uniform und anderen Berufsgruppen im Dienst der Gesellschaft ist es nicht gut bestellt. Zu diesem Fazit kam im Dezember 2019 eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung. Rettungskräfte, PolizistInnen, LehrerInnen und PolitikerInnen – all diese Berufe haben demnach in der Gesellschaft an Respekt verloren. Dass es sich dabei nicht um eine empirische Momentaufnahme handelt und der Respektverlust alarmierende Auswirkungen hat, belegt nun eine Umfrage unter Beschäftigten des öffentlichen und privatisierten Sektors im Auftrag des DGB.

### GEWALT IM DIENST? FÜR VIELE BESCHÄFTIGTE ALLTAG.

Obwohl es in unserer Gesellschaft laut Polizeilicher Kriminalstatistik immer weniger gewalttätig und kriminell zugeht, konstatieren 57 Prozent der an der DGB-Umfrage teilnehmenden Beschäftigten, dass ihren Eindrücken nach die Anzahl oder Aggressivität der Übergriffe ihnen oder ihren KollegInnen gegenüber in den letzten Jahren zugenommen habe. Sie bestätigen damit einen anhaltenden Negativtrend. Denn: 2018 wurde erneut eine Rekordzahl von PolizistInnen Opfer einer Gewalttat und die Zahl der Angriffe auf Beschäftigte bei der Bahn hat sich in wenigen Jahren fast verdreifacht. Obwohl bis auf Polizei und Bahn konkrete Zahlen fehlen,

zeigt die Umfrage, dass Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft längst zu einem Massenphänomen geworden ist. So gaben 67,1 Prozent der befragten Beschäftigten an, in den letzten zwei Jahren mindestens einmal Opfer von Respektlosigkeiten und Gewalt geworden zu sein. Darunter fallen Beleidigungen, körperliche Übergriffe, Bedrohung mit Waffen, etc. Diese Erkenntnis wird von weiteren Beschäftigtenbefragungen gestützt: 2017 gaben 64 Prozent der Befragten aus den Bereichen Brandschutz und Rettungsdienste an, 2016 mindestens einmal Opfer von Gewalt geworden zu sein. Und laut der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) erlitten 2018 über 10.000 Beschäftigte einen Arbeitsunfall aufgrund physischer oder psychischer Gewalt.

## BESCHÄFTIGTE WERDEN ZU OFT ALLEIN GELASSEN.

Die Folgen solcher Taten wiegen schwer: Fast jeder dritte Befragte (29,4 Prozent) wurde nach einem Angriff krankgeschrieben, mehr als jeder Zweite (57,8 Prozent) berichtet von Schlafstörungen. 41,3 Prozent der betroffenen Befragten fühlen sich durch die erlebten Übergriffe auch zu Hause verängstigt und gestresst. Neun Prozent der Betroffenen mussten aufgrund des Erlebten sogar ins Krankenhaus und 11,9 Prozent befanden oder befinden sich in therapeutischer Behandlung. Und noch eine Erkenntnis ist alarmierend: Während 33,8 Prozent der Befragten auf Grund von Übergriffen den Wunsch verspürten, die Arbeitsstelle zu wechseln, wollten 36,4 Prozent am liebsten die Tätigkeit insgesamt ändern. Angesichts des Personalmangels im öffentlichen wie auch privatisierten Sektor ein auf mehrfache Weise erschreckendes Ergebnis.

Dass das eigene Personal zunehmend Opfer von Angriffen und Beleidigungen wird, scheint noch nicht in allen Dienststellen, bei ArbeitgeberInnen und politisch Verantwortlichen angekommen zu sein. Wenn Vorgesetzte über einen Vorfall informiert wurden, berichtet jede und jeder Fünfte (20,6 Prozent), sich von Vorgesetzten nicht ernstgenommen gefühlt zu haben. Das Problem dabei: Wenn Führungskräfte wegschauen, schleicht sich leicht eine Normalisierung von Gewalt ein.

## URSACHENFORSCHUNG STEHT NOCH AUS.

Die Frage nach den Gründen für die steigenden Übergriffe auf Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft ist keine einfache. Hier kommen verschiedene Faktoren zusammen: Die nach wie vor zahlreichen Gewaltdelikte und insbesondere die Tendenz der wachsenden Übergriffe gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und im privatisierten Sektor sind für 92 Prozent der Betroffenen ein Symptom des schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalts und einer gesellschaftlichen Verrohung. Hinzu kommt für 87,8 Prozent, dass die Hemmschwelle zu aggressivem Verhalten in der Gesellschaft gesunken ist. Auch der jahrelange Sparkurs der öffentlichen Hand hat nach Ansicht vieler seine Spuren hinterlassen: 71,5 Prozent der betroffenen Befragten geben an, dass viele BürgerInnen aufgrund von zu wenig Personal und damit verbundenen Schlechtleistungen genervt sind und aggressiv reagieren.

Schwer wiegt in diesem Zusammenhang, dass die Beschäftigten dann als StellvertreterInnen des Staates häufig für politische Entscheidungen verantwortlich gemacht werden. Frust, Unmut und Ohnmacht werden dann direkt vor Ort abgeladen. Da sind sich 86,2 Prozent der Betroffenen einig.

## GEWALT AM ARBEITSPLATZ – WAS IST DAS?

Die gesetzliche Unfallversicherung und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) definieren Gewalt am Arbeitsplatz wie folgt: „Jede Handlung, Begebenheit oder von angemessenem Benehmen abweichendes Verhalten, wodurch eine Person im Verlauf oder in direkter Folge ihrer Arbeit schwer beleidigt, bedroht, verletzt, verwundet wird.“

## ZU RESPEKT GEHÖRT MEHR.

Die erfassten Zahlen sind alarmierend und bestätigen in vielerlei Hinsicht die Einschätzungen der Gewerkschaften. Der DGB hat daher beschlossen, die Problematik in die Öffentlichkeit, die Dienststellen und in die Politik zu tragen. Mit einer breit angelegten Initiative und unter dem Slogan *Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch*, soll ab Februar 2020 deutlich gemacht werden, was die Beschäftigten des öffentlichen und privatisierten Sektors täglich für die Gesellschaft leisten – und was sie im Gegenzug erfahren. Hierfür startet am 18. Februar eine bundesweite Plakatkampagne, flankiert durch Veranstaltungen, einen Social-Spot sowie Publikationen zum Thema. Darüber hinaus wird sich der DGB auf Bundes- und Landesebene an die politischen EntscheidungsträgerInnen wenden, um für mehr Respekt und bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Dienst der Gesellschaft zu kämpfen.

## MEHR ZUR INITIATIVE ERFAHREN?

Weitere Informationen zur Initiative gibt es auf der Webseite [www.dgb.de/mensch](http://www.dgb.de/mensch).

**Möchten Sie die Initiative unterstützen? Dann erzählen Sie uns Ihre Geschichte!** Wir wollen den Erfahrungen der Beschäftigten ein authentisches Gesicht und den Betroffenen eine kräftige Stimme geben. Dafür suchen wir KollegInnen, die von ihren Erfahrungen mit Respektlosigkeiten und Gewalt am Arbeitsplatz berichten wollen. Melden Sie sich unter [mensch@dgb.de](mailto:mensch@dgb.de) und erzählen Sie uns ihre Geschichte.

## ZUR UMFRAGE

Im Auftrag des DGB hat das uzbonn über 2.000 Beschäftigte aus allen Bereichen des öffentlichen und privatisierten Sektors zu ihren Erfahrungen mit Respektlosigkeiten und Gewalt befragt.



Foto: Andrea Schombara

# Mich besorgt die kontinuierlich hohe Anzahl der Angriffe

Von Nicole Steingaß, Staatssekretärin im Ministerium des Innern und für Sport, Rheinland-Pfalz

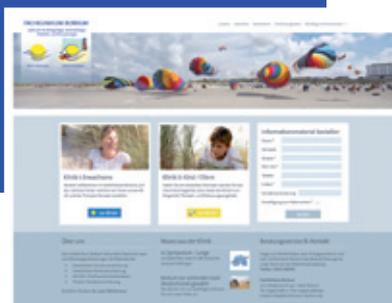
Als für die Polizei zuständige Staatssekretärin in Rheinland-Pfalz besorgt mich die seit Jahren kontinuierlich hohe Anzahl der verbalen und körperlichen Angriffe auf unsere PolizeibeamtInnen. 2018 waren es 1.664 Gewaltdelikte in Rheinland-Pfalz. 147 Delikte mehr als noch im Jahr zuvor. Hinzu kamen über 1.000 Beleidigungen. Was in den Köpfen der Täterinnen und Täter vorgeht, ist nur schwer nachvollziehbar. Frustration, Unzufriedenheit, der Konsum von Alkohol und Drogen können diese inakzeptablen Angriffe auslösen, sind aber keine Entschuldigung. Aus meiner Sicht sind drei Aspekte von zentraler Bedeutung, um verbalen und körperlichen Angriffen auf PolizeibeamtInnen zu begegnen: Der Schutz der MitarbeiterInnen, eine klare Haltung gegen jegliche Form von Aggressivität und die Orientierung an den gemeinsamen Werten unserer Gesellschaft, die für jede und jeden gleichermaßen gelten. Die rheinland-pfälzischen PolizistInnen des Wechselschichtdienstes wurden mit Bodycams und Tasern ausgestattet, die eine hohe deeskalierende Wirkung entfalten. 70 Prozent aller bevorstehen-

den Angriffe konnten alleine durch bloßes Androhen des Taseinsatzes verhindert werden. Neben deeskalierender Kommunikation tragen diese Einsatzmittel deutlich dazu bei, die Eigenesicherung der PolizeibeamtInnen zu verbessern, für die wir als Dienstherr Sorge tragen müssen. Öffentliche Initiativen und die klare Aussage, dass aggressives und gewalttätiges Verhalten gegenüber allen MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes nicht toleriert wird, sind wichtig, um gesamtgesellschaftlich Einfluss auf potentielle TäterInnen zu nehmen und Betroffenen öffentlich den Rücken zu stärken. Mit der Kampagne #IMMERDA haben wir für Respekt gegenüber Einsatzkräften geworben, die jederzeit da sind und Hilfe leisten und auch mit der Aktion *Miteinander gut leben – Rheinland-Pfalz gegen Hass und Hetze* werben wir für einen respektvollen Umgang. Jeder Mensch kann in eine Notsituation geraten und ist dann auf die Hilfe genau derer angewiesen, die immer wieder Anfeindungen und Übergriffen ausgesetzt sind. Ein gut funktionierender Staat braucht engagierte MitarbeiterInnen. Diese verdienen Respekt und Wertschätzung.

## KLINIKEN UND SONSTIGE GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN

### Fachklinikum Borkum

Sonne – Wind – Meer. Das Fachklinikum Borkum ist Garant für Ihre Gesundheit. Das ganzheitliche Behandlungsangebot richtet sich an Erwachsene Patienten (auch mit Begleitkind). Behandlungsschwerpunkte sind: Asthma bronchiale und Heuschnupfen, Chronische Atemwegserkrankungen (z.B. COPD, obstruktive Bronchitis), Neurodermitis, Erkrankungen des atopischen Formenkreises, Chronische und allergische Hauterkrankungen (u.a. Kontaktekzeme, Urtikaria, Psoriasis).



[www.fachklinikum-borkum.de](http://www.fachklinikum-borkum.de)



### Psychosomatische Reha für Mütter mit Begleitkind

Die Mehrfachbelastung in Beruf, Familie und Haushalt bildet oft den Nährboden für Erkrankungen wie Depressionen oder somatoforme Störungen. Solche Krankheitsbilder bedürfen meistens der stationären Rehabilitation. Die Ostseeklinik Kühlungsborn hat ein speziell auf Mütter zugeschnittenes Therapiekonzept entwickelt, das auch psychosoziale Faktoren von Frauen einbezieht. Hierzu gehört auch die Möglichkeit, dass Mütter ihre Kinder mitbringen können.



[www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de](http://www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de)





Foto: istockphoto.com/Feodora Chiosea | Simone M. Neumann



## Betroffene Beschäftigte vermissen den gesellschaftlichen Respekt

Die Zahl der Übergriffe auf Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor steigt. Mit seiner Initiative *Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch* geht der DGB in den Dialog und fordert von Politik, Dienstherren und Arbeitgebern mehr Unterstützung. Es geht auch um mehr Personal und höhere Investitionen in Gebäude und Ausstattung. Wir haben die stellvertretende DGB Vorsitzende Elke Hannack befragt.

### Die Beschäftigten-Befragung im Auftrag des DGB zeigt es schwarz auf weiß: Übergriffe auf Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor sind weiter verbreitet als befürchtet. Hätten Sie die Dimensionen erwartet?

Angesichts der Fülle an Medienberichten zu dem Thema habe ich mit einer hohen Zahl gerechnet, aber nicht mit einer derart hohen. Knapp 67 Prozent der befragten Beschäftigten im öffentlichen und privatisierten Sektor wurden in den letzten zwei Jahren Opfer von verbaler oder körperlicher Gewalt. Zwei von drei Beschäftigten sind schon einmal beleidigt, bespuckt oder angegriffen worden. Es scheint, als gehörten Respektlosigkeiten und Übergriffe zunehmend zum Umgangston und zwar in allen Bevölkerungsschichten. Die Betroffenen finden wir jedenfalls in allen Bereichen, bei Polizei, Bahn, im Krankenhaus oder unter Müllwerkern. Mich beschäftigt, dass sehr viele von ihnen nach Übergriffen mit Angst, Stress und Schlafstörungen zu kämpfen haben. Ein Drittel der Befragten will nach einem Übergriff sogar die Tätigkeit wechseln.

### Respektlosigkeiten und Übergriffe steigen seit Jahren. Woran liegt das?

Die Beschäftigten sind oftmals die Blitzableiter für Versäumnisse, die die Politik zu verantworten hat. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen das deutlich. Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem öffentlichen Dienst hängt oft auch mit dem fehlenden Personal zusammen. Ob man nun keinen Termin auf dem Amt bekommt, Kitaplätze fehlen oder Züge ausfallen, das alles prägt das Bild des Staates. Dazu kommt, dass sich das Miteinander verändert hat und zwar nicht

zum Besten. Fast alle der betroffenen Beschäftigten vermissen laut unserer Umfrage den gesellschaftlichen Respekt gegenüber anderen Menschen und gegenüber Beschäftigten im Dienst der Gesellschaft. Hier müssen wir ansetzen.

### Was ist nun zu tun?

Die Übergriffe müssen endlich in ihrer Gesamtheit erfasst werden. Es kommt hier auch auf die Arbeitgeber an, die sich diesem Thema stärker widmen müssen als bisher, um nur die Stichwörter Prävention und Nachsorge zu nennen. Selbstverständlich ist jeder Übergriff einer zu viel und sollte strafrechtlich verfolgt werden. Aber wir müssen auch bei den Ursachen ansetzen. Und das fängt mit einer bedarfsgerechten Personalplanung für die öffentlichen Bereiche an. Für zu erledigende Aufgaben braucht es entsprechende Planstellen. Es kann nicht sein, dass die Politik jahrzehntelang Personal abbaut – wie in den kommunalen Bau- und Planungämtern geschehen – und sich dann über verzögerte Genehmigungsverfahren für Straßen und Wohnungsneubauten wundert. Hier ist die Einsicht der Dienstherren und Arbeitgeber gefragt. Nach den jahrelangen Spar- und Kürzungsrunden hat sich ein regelrechter Investitionsstau aufgebaut, der endlich aufgelöst werden muss. Jetzt muss der Investitionsturbo angeschmissen werden – wir brauchen mehr Geld für eine moderne und funktionstüchtige Infrastruktur, für Gebäude und mehr Personal. Der Staat sollte in der Fläche einfach präsenter sein. Auch der Bildungsbereich muss gestärkt werden. In einem rohstoffarmen Land wie dem unseren entscheidet sich gerade hier die Zukunft. Zudem fördern gute Kitas und Schulen ebenso soziale Kompetenzen und einen respektvollen Umgang miteinander.



**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNG

# Sie arbeiten für Menschen. Wir kümmern uns um Sie.

Als Selbsthilfeeinrichtung für den Öffentlichen Dienst erhalten Sie von uns stets die passende Versicherung und Vorsorge, besonders günstige Beiträge und einen herausragenden Service.

Holen Sie Ihr Angebot bei:  
MBoeD@nuernberger.de

[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)



Einfach  
passend für den  
Öffentlichen  
Dienst

## MELDUNGEN

### Bundestag

#### UNTER STROM FÜR DIE DEMOKRATIE

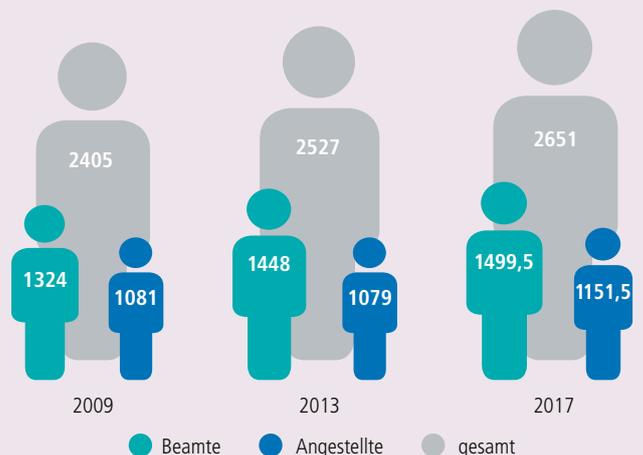
In den vergangenen 20 Jahren ist der Deutsche Bundestag moderner, digitaler und größer geworden. Das Parlament ist bei der letzten Bundestagswahl auf 709 Abgeordnete angewachsen. Das Pensum der BeamtInnen und Angestellten der Bundestagsverwaltung ist immens: Pro Wahlperiode erstellen sie ca. 14.000 Drucksachen, also Protokolle, Anfragen oder wissenschaftliche Berichte. Zudem sind sie für den reibungsfreien Ablauf von 250 Plenarsitzungen verantwortlich. Diese gehen nicht selten von morgens früh um neun Uhr bis tief in die Nacht. Das Sicherheitspersonal schleust jährlich 2,4 Millionen BesucherInnen durch den Bundestag.

Auch der Kontakt zu den BürgerInnen nimmt zu: Rund 100.000 E-Mails, Briefe und Faxe erhalten und schreiben allein die MitarbeiterInnen des Petitionsausschusses pro Jahr. Mehr Ausschüsse, eine riesige Webseite, Parlamentsfernsehen, eigene Newsportale für junge Menschen, höhere Sicherheitsanforderungen – all das müssen die rund 2.700 Beschäftigten der Bundestagsverwaltung täglich leisten. Doch auch wenn die Aufgaben mehr werden, die Zahl der MitarbeiterInnen ist in den vergangenen Jahren nur moderat gestiegen. ver.di kritisiert schon länger den zunehmenden Druck im Reichstag. „Die Arbeitsbelastungen für alle im Sitzungsdienst tätigen Beschäftigten, insbesondere die Büro- und Schreibkräfte und die Stenografinnen und Stenografen im Bundestag, haben deutlich zugenommen. Sitzungen gehen bis länger in die Nacht, die Zahl der Redebeiträge hat sich durch vier Oppositionsfraktionen erhöht“, stellt ver.di-Vize Christine Behle fest. Da auch die Belastungen in den Ausschüssen zugenommen haben, müsse der

100.000  
E-MAILS,  
BRIEFE  
UND FAXE

#### VIELE AUFGABEN, ZU WENIG PERSONAL

Angestellte und Beamte im Dienst der Bundestagsverwaltung



QUELLE: DEUTSCHER BUNDESTAG 2019 © DGB-EINBLICK 02/2020 / CC BY 4.0

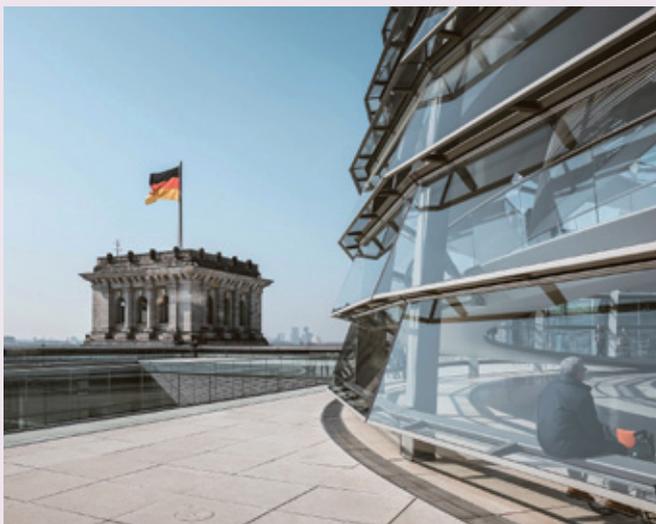


Foto: pixabay.com/noelsch

Bundestag entsprechend mehr Personal einstellen, um die Arbeitsbelastung und hohe Gesundheitsrisiken zu reduzieren.

Mehr Stellen sollten schnell geschaffen werden. Denn der Krankenstand unter Beschäftigten der Bundestagsverwaltung ist hoch. Der Gesundheitsförderungsbericht 2018 der unmittelbaren Bundesverwaltung des Bundesinnenministeriums zeigt, dass Beschäftigte des Deutschen Bundestages im Schnitt 22,69 Arbeitstage im Jahr 2018 gefehlt haben. Das liegt über dem Schnitt der gesamten Bundesverwaltung, mit 21,35 Fehltagen.

Personalmangel und ein hoher Krankenstand sind ein Problem in der gesamten Bundesverwaltung. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack kritisiert: „Der Krankenstand in der Bundesverwaltung ist seit Jahren besorgniserregend. Wir fordern, die Ursachen ressort-übergreifend zu ermitteln, das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) muss dringend gestärkt und ausgebaut werden. Dafür braucht es in vielen Behörden mehr Personal und Finanzmittel für die Umsetzung. Vor allem muss zügig gehandelt werden. Die fortschreitende Digitalisierung der Bundesverwaltung wird bestehende Missstände eher verschärfen.“

Zuletzt hatten einige Bundestagsabgeordnete auf die teilweise schlechten Arbeitsbedingungen und den großen Arbeitsdruck hingewiesen. Zudem ist bekannt, dass in Fraktionen und Abgeordnetenbüros die Arbeitsbelastung hoch ist. Durch die verschiedenen ArbeitgeberInnen im Reichstag gibt es keine einheitliche Mitbestimmung.



Ein Beitrag aus dem *einblick* des DGB – Ausgabe Februar 2020.

## Bundespolizei

### ÄNDERUNG DER LAUFBAHNVERORDNUNG AUF DEM WEG

Die Zugangsvoraussetzungen zum verkürzten Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst bei der Bundespolizei waren unter anderem Thema beim Beteiligungsgespräch zwischen DGB, GdP und

dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Dabei machten die GewerkschaftsvertreterInnen deutlich, dass der Polizeiberuf zwar von je her ein Erfahrungs- und Aufstiegsberuf ist, doch die vom BMI vorgesehene Voraussetzung einer Mindestdienstzeit von 20 Jahren insbesondere aus Aspekten der Gleichstellung abgelehnt wird. Das BMI folgte der Argumentation und reduzierte die Voraussetzung auf 10 Dienstjahre. Gleiches gilt für die geplanten Regelungen zum verkürzten Praxisaufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst und zur Überführung leistungsstarker PolizeihauptmeisterInnen in den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Die Änderungen werden voraussichtlich im März in Kraft treten.

## BADEN-WÜRTTEMBERG

### ERHÖHUNG VON ZUSCHLÄGEN BLEIBT AUS

Der GdP-Forderung nach einer Erhöhung der Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge für Polizeibeschäftigte in Baden-Württemberg wird das Land nicht nachkommen. „Die Entbehrungen der KollegInnen zulasten der sozialen Teilhabe werden durch den Dienstherrn nicht angemessen gewürdigt“, urteilte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Carsten Beck nach der Entscheidung der Landesregierung. Die aktuell gültige Verordnung sieht keine prozentualen Aufschläge, sondern feste Beträge vor. Derzeit beträgt beispielsweise der Zuschlag für einen Samstagnachmittag 0,77 Euro je Stunde, für Nachtdienste in den donnerstags, freitags, samstags und vor gesetzlichen Feiertagen beginnenden Nächten von 2,91 Euro je Stunde, in den übrigen Nächten von 1,28 Euro je Stunde. Die GdP erklärte ihre Enttäuschung über die Entscheidung, den Lageorientierten Dienst für die Polizei nicht aufbessern zu wollen. Die Erschwerniszulagenverordnung Baden-Württemberg (EZuVVOBW) wurde letztmals Ende 2010 geändert.

## BAYERN

### KRITIK AM PIAZOLO PAKET

„Die verzweifelten Versuche des Kultusministeriums, die Unterrichtsversorgung mit fachfremdem Personal, mit noch nicht fertig ausgebildeten Lehrkräften und mit Umschulungsmaßnahmen sicher zu stellen, sind nun gescheitert“, stellte Johannes Schiller, Sprecher der GEW-Landesfachgruppe Sonderpädagogische Berufe fest. Dies angesichts des vom bayrischen Kultusministerium im Januar angekündigten Maßnahmenpakets, das vorsieht, die Antragsteilzeit für Lehrkräfte auf ein Mindeststundenmaß von 23 bzw. 24 Unterrichtsstunden anzuheben und den Antragsruhestand künftig erst ein Jahr später, also ab dem 65. Lebensjahr zu genehmigen. Zudem sind Freistellungsmodelle wie das Sabbatjahr nicht mehr möglich. Die Unterrichtspflichtzeit der Lehrkräfte an Grundschulen wird vorübergehend um eine Stunde pro Woche erhöht. Ausnahmen gibt es für schwer-

behinderte und gleichgestellte LehrerInnen. Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Freie Wähler) betonte zwar, dass all diese Vorgaben nur vorübergehenden Charakter haben, die GEW Bayern lehnt sie dennoch strikt ab.

### BERLIN

#### STÄRKUNG DER AUSBILDUNG IM ÖD

Im Februar letzten Jahres hatte der Senat eine landesweite Rahmenvereinbarung Ausbildung abgeschlossen, für welche die Haupt-, Jugend- und Auszubildendenvertretung des Landes Berlin im Rahmen der Preisverleihung des Deutschen Personalräte-Preises 2019 den Sonderpreis der DGB-Jugend erhielt. In dieser sind u. a. Fortbildungen für Betreuungspersonal an der Verwaltungsakademie Berlin vereinbart, um das Wissen von AusbilderInnen auf dem aktuellen

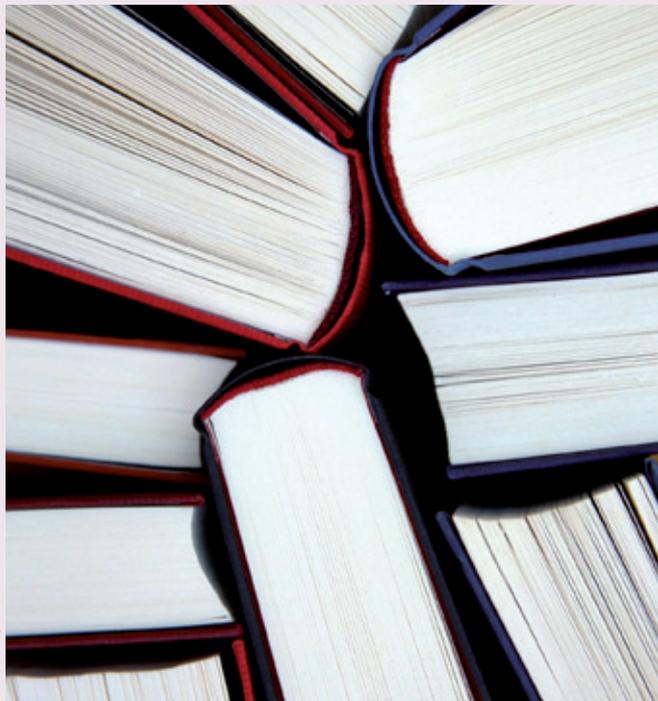


Foto: pixabay.com/Hermann

Stand zu halten und die Qualität der Ausbildung zu sichern. Darauf aufbauend wird nun die Ausbildung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin weiter gestärkt. Konkret geht es um die intensive Unterstützung der Praxisanleitung. Zusätzlich wurden zur Entlastung des Betreuungspersonals im Haushaltsplan für 2020 und 2021 insgesamt 82 Stellen geschaffen, 30 in der Hauptverwaltung und 52 in den Bezirken. Hinzu kommen sollen nicht-monetäre Anreize, die aktuell noch erörtert werden. „Die Auszubildenden sind unsere Fachkräfte von morgen. Umso wichtiger ist es, dass die Rahmenbedingungen der Ausbildung stimmen“, so Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz (SPD).

---

82 NEUE  
STELLEN

### BRANDENBURG

#### BEFÖRDERUNG VON GRUNDSCHULLEHRKRÄFTEN

Auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen der Landesregierung und der GEW Brandenburg hat der brandenburgische Landtag das Besoldungsgesetz und die Regelungen der Besoldungsordnung A neu beschlossen. Somit besteht ab dem 01.08.2020 die Möglichkeit, auch die Lehrkräfte im Grundschulbereich mit einer Ausbildung nach dem Recht der ehemaligen DDR in die Besoldungsgruppe A 13/ Entgeltgruppe E 13 zu befördern. Die Beförderung betrifft Lehrkräfte mit dem Abschluss als LehrerIn für untere Klassen, die zurzeit in der Besoldungsgruppe A 12/Entgeltgruppe E 11 eingruppiert sind und deren Bewährung in der Tätigkeit festgestellt wird. Ein Antrag auf Beförderung muss nicht gestellt werden. Das notwendige Verfahren wird durch den Dienstherrn/Arbeitgeber eingeleitet und umgesetzt. Allerdings muss das Verfahren so rechtzeitig eröffnet und abgeschlossen werden, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Beförderungen zum 01.08.2020 vorliegen und diese zu diesem Zeitpunkt auch vollzogen werden können.

### BREMEN

#### MANGEL AN LEHRKRÄFTEN WIRD DRAMATISCHER

Die GEW Bremen kritisiert, dass 86 Lehrerstellen in Bremen zum Halbjahreswechsel weiterhin unbesetzt bleiben. Hinzukomme, dass weitere 250 Stellen allein in der Stadtgemeinde Bremen von StudentInnen vertreten werden. In Bremerhaven liege der Anteil des Personals, das nicht oder nicht voll ausgebildet ist, mit über 300 bei ungefähr 30 Prozent. Die GEW-Landesvorstandssprecherin Elke Suhr überrascht dies nicht: „Wer die Bildungsausgaben jahrelang nicht annähernd an die Ausgaben der anderen Stadtstaaten angleicht, soll sich nicht wundern, dass das Personal fehlt.“ Das im benachbarten Niedersachsen Lehrkräfte der Sekundarstufen I und II weniger Stunden arbeiteten und dazu auch noch mehr verdienen, verschärfe die Situation in Bremen zusätzlich. Die GEW Bremen nimmt die Politik in die Pflicht: Dringend benötigte Qualifizierungsmaßnahmen müssen finanziert und mehr Geld für die Universität zur Verfügung gestellt werden.

### HAMBURG

#### BÜRGERSCHAFTSWAHL

Am 23. Februar findet in Hamburg die 22. Bürgerschaftswahl statt. Aufgerufen zur Wahl eines neuen Landesparlaments sind dann gut 1,3 Millionen BürgerInnen. Der DGB Hamburg und seine Mitgliedsorganisationen fordern mit Blick auf die Wahl u. a. eine funktionie-

rende öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur und einen zuverlässigen und bürgernahen Dienst. Mit Blick auf eine wachsende Stadt, erwartet der DGB Hamburg, dass der Senat die Personalbedarfe der öffentlichen Hand regelmäßig überprüft und entsprechendes Personal einstellt. Tarifiergebnisse müssen über die Haushalte ausfinanziert werden. Sie dürfen nicht zu Personalkürzungen führen. Weiterhin fordert der DGB Hamburg eine Stärkung der beamtenrechtlichen Beteiligung. Bei der Vorbereitung gesetzlicher Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse müssen die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände beteiligt werden. Die Regelung im Hamburgischen Beamtengesetz ist weiter zu entwickeln und das konkrete Verfahren im Rahmen einer Beteiligungsvereinbarung zu regeln.

## HESSEN

### MILLIARDEN ÜBERSCHUSS IM LANDESHAUSHALT

Noch im Herbst 2019 ging der hessische Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) von einem Haushaltsüberschuss in Höhe von 150 Millionen Euro aus. Tatsächlich belief sich der positive Finanzierungssaldo für das Jahr 2019 auf 1,5 Milliarden Euro. Die GEW Hessen kritisierte diesen hohen Überschuss im Landeshaushalt, vor allem unter den Aspekten fehlender Investitionen in marode Schulen und der mangelnden Anerkennung in der Bezahlung von Grundschullehrkräften. Laut Auffassung der GEW Hessen seien zudem Überschüsse

### 1,5 MRD EURO HAUSHALTS- ÜBERSCHUSS

in Höhe von gut fünf Prozent der Landesausgaben, gerade wegen der Schuldenbremse nicht zu begründen. „Wir brauchen in Hessen ein vernünftig ausgestattetes und finanziertes Bildungssystem. Und was wir nicht brauchen, sind exorbitante Überschüsse im Landeshaushalt, während in den Kitas, den Schulen und den Hochschulen das Personal fehlt und in den Bildungseinrichtungen der Putz von der Decke fällt“, so die Vorsitzende der GEW Hessen, Birgit Koch.

## MECKLENBURG-VORPOMMERN

### VERSTÄRKUNG FÜR DEN JUSTIZVOLLZUG

In Mecklenburg-Vorpommern werden dieses Jahr erstmals insgesamt drei Ausbildungsdurchgänge für JustizvollzugsanwärterInnen starten. Der erste Termin zum Bewerbungsschluss war der 31. Januar. Zwei weitere Durchgänge folgen, einer am 1. Juli und ein weiterer am 1. Oktober diesen Jahres. Neben den ersten elf Auszubildenden gibt es eine weitere Klasse mit mehr als 30 AnwärterInnen. Zusätzlich werden in diesem Jahr weitere 60 Anwärter gesucht. Die



Foto: shutterstock.com/WikeDotia

Justizvollzugsanstalten des Landes werden so bis zum Jahresende durch 100 weitere AnwärterInnen gestärkt. „Ich freue mich über jeden motivierten Berufswechsler, der unseren Vollzug verstärkt“, so die Justizministerin Katy Hoffmeister (CDU). Für den Justizvollzug in Mecklenburg-Vorpommern werden Frauen und Männer ausgebildet, die das 21. Lebensjahr vollendet und bestenfalls bereits schon eine Ausbildung abgeschlossen haben.

## NIEDERSACHSEN

### PERSONALSITUATION WEITERHIN ANGESPANNT

186 der insgesamt 1.350 ausgeschriebenen Stellen konnten in Niedersachsen zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres nicht besetzt werden. Zwar überstieg die Zahl der Neueinstellungen die der pensionierten LehrerInnen um rund 400, die Gesamtsituation an Schulen bleibt dennoch aufgrund der fehlenden Lehrkräfte angespannt.

2.818 Lehrkräfte – vor allem Gymnasiallehrkräfte – müssen nun angesichts des Personalmangels an anderen Schulen aushelfen. Das seien 509 LehrerInnen mehr als im ersten Schulhalbjahr.

Für den Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) stelle sich die Entwicklung dennoch positiv dar. Dass frisch ausgebildete PädagogInnen derzeit wegen der besseren Bezahlung darauf pochen, ans Gymnasium zu kommen, sei verständlich, so Tonne. Wenn aber die Versorgung durch Lehrkräfte an Gymnasien gesichert sei, müssten die Pädagogen mit anderen Stellen, etwa an Oberschulen, vorliebnehmen.

### 2.818 LEHRKRÄFTE HELFE N AUS

### NORDRHEIN-WESTFALEN

#### POLIZEIFORUM DER GDP

Mit Blick auf den immer stärker wachsenden Arbeitsdruck in Wachen und Dienststellen der Polizei in Nordrhein-Westfalen lädt die GdP am 11.03.2020 zu einem Polizeiforum nach Kamen-Kaiserau ein. Unter dem Titel der Veranstaltung – *Es geht auch besser!* – soll gemeinsam mit KollegInnen und ExpertInnen über neue Wege und



Strategien zur Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen bei der Polizei diskutiert werden. Besondere Schwerpunkte in der thematischen Auseinandersetzung werden dabei u. a. neue Konzepte zur Reduzierung der hohen Arbeitsbelastung bei der Polizei und die Forderung der GdP nach Einführung der 35-Stunden-Woche für alle Beschäftigten bei der Polizei sein. Das Polizeiforum richtet sich an alle Beschäftigten in den Direktionen sowie Dienststellen des Landes.

 Mehr dazu unter [www.gdp.de/nrw](http://www.gdp.de/nrw).

### Rheinland-Pfalz

#### VERGABE ÖFFENTLICHER AUFTRÄGE

Anlässlich einer Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des rheinland-pfälzischen Landtags im Januar betonte Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland, dass Tarifverträge das zentrale Instrument seien, um die Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern. „Tarifverträge sind der Maßstab für Transparenz und fairen Wettbewerb in der Wirtschafts- und Arbeitswelt. Daraus leitet sich eine besondere gesellschaftliche Verantwortung für das Land ab, wenn es Aufträge vergibt. Gerade das Land muss mit gutem Beispiel vorangehen und seine erhebliche Marktmacht mit der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Verhinderung von Tariffucht nutzen“, so Muscheid. Der DGB Rheinland-Pfalz/ Saar-

land fordert in diesem Zusammenhang, dass öffentliche Aufträge ausschließlich an tarifgebundene Unternehmen zu vergeben sind. Zudem soll das Land einen vergabespezifischen Mindestlohn zahlen, der sich an der untersten Stufe des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst der Länder orientiere.

### SAARLAND

#### DIENSTUNFÄLLE NACH WIDERSTAND STIEGEN

Die Zahl der Dienstunfälle nach Widerstands-/Gewalthandlungen gegen PolizeibeamtInnen stieg von 105 im Jahr 2018 auf 151 im Jahr 2019. Durch diese musste fast ein Drittel von den betroffenen PolizistInnen ihren Dienst aufgrund vorübergehender Dienstunfähigkeit beenden. Im Saarland nimmt die GdP die Entwicklung mit großer Besorgnis zur Kenntnis, zumal sich seit 2016 die Zahl derartiger Dienstunfälle fast verdoppelt habe. Laut GdP liegt die Ursache im schwindenden Respekt gegenüber der Polizei und der steigenden Gewaltbereitschaft in Teilen der Bevölkerung. Der Landesvorsitzende der GdP, David Maaß, forderte die Landesregierung wiederholt auf, auch deshalb mehr Personal für die Polizei und die Justiz im Land einzustellen. Zudem erwarte Maaß von der saarländischen Justiz, dass vor allem WiederholungstäterInnen mit empfindlichen Strafen belegt und bestehende Strafrahmen endlich ausgeschöpft werden.

151 DIENST-  
UNFÄLLE IN  
2019

### SACHSEN

#### EVALUIERUNG DER POLIZEI

Ende Januar hat der sächsische Innenminister Roland Wöllner (CDU) im Rahmen einer Kabinettsitzung den Bericht zur Fortschreibung der Fachkommission zur Evaluierung der Polizei des Freistaates Sachsen vorgelegt. Aus dem Bericht der Fachkommission, die auf Beschluss des sächsischen Kabinetts im Jahr 2018 einberufen worden ist, resultiert die Empfehlung, jährlich weiterhin 700 BewerberInnen für den Polizeidienst einzustellen. Laut Kommission ist außerdem die Schaffung von insgesamt 840 weiteren Personalstellen unter anderem im Vollzugsdienst, im IT-Bereich, der Aus- und Fortbildung sowie Verwaltung erforderlich. Unter Beibehaltung des aktuellen Einstellungskorridors kann die Besetzung der neuen Stellen bis 2026 abgeschlossen sein, so die Einschätzung Wöllners. Bereits 2015 wurde die Polizei in Sachsen im Hinblick auf Personal- und Sachausstattung sowie Struktur von einer Fachkommission untersucht. Im Ergebnis dessen wurden unter anderem 1.000 neue Stellen bei der sächsischen Polizei geschaffen.

## SACHSEN-ANHALT

## EINLADUNG ZUR PERSONALRÄTE-KONFERENZ

Wie viele Unterrichtsstunden müssen oder können Lehrkräfte in der Woche arbeiten? Wie viele Stunden arbeiten sie wirklich? Brauchen die Lehrkräfte Entlastung oder kann der Bildungsminister den Schulen noch mehr effizienzsteigernde Maßnahmen zumuten? Im Be-



Zeichnung: Marek Fidler

reich der GEW in Sachsen-Anhalt ist kein Thema derzeit so umstritten, wie die Regelungen zur Arbeitszeit von Lehrkräften. Deshalb lädt die GEW Sachsen-Anhalt zum Thema *Arbeitszeit von Lehrkräften an Schulen* an zwei Terminen zu Konferenzen ein. Die Personalrätekonferenzen, zu der alle Schulpersonalräte eingeladen sind, finden am 27. Februar in der Universität Halle und am 19. März in der Universität Magdeburg statt.



Informationen zum Programm und die Möglichkeit sich anzumelden finden Sie unter [www.gew-sachsenanhalt.net](http://www.gew-sachsenanhalt.net).

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

## ÜBERSTUNDEN AUF HÖCHSTSTAND

Nach Erkenntnissen der GdP ist der Überstundenberg in der Landespolizei auf einen neuen Höchststand geklettert. Zum Stichtag 01.01.2020 seien für die gesamte Landespolizei über eine halbe Million Überstunden aufgelaufen. Die Zahlen zum Stichtag lägen damit um 6,62 Prozentpunkte über den des Vorjahres. Im Vergleich zu 2016 sei der Überstundenberg sogar um 36 Prozentpunkte angestiegen. „Die Zahlen alarmieren. Die Kolleginnen und Kollegen stehen immer öfter und länger in den Stiefeln und arbei-

## BSW-Bezügekonto der Commerzbank

### Das kostenfreie Konto, das Geld hinzuverdient!\*



#### Einmalige Vorteile für den Öffentlichen Dienst!

- + **100 EUR** Startguthaben\*
- + **Mindestgeldeingang lediglich 1 Cent\***
- + **Gebührenfreie Kontoführung\***
- + **Beitragsfreie BSW-Nutzung\***  
Mit BSW bekommen Sie bei Ihren Einkäufen Geld zurück auf Ihr BSW-Bezügekonto.
- + **B-Tarif für die ganze Familie:**  
Auch Ihre Kinder und Lebenspartner können das Konto eröffnen.

#### Jetzt Konto eröffnen!

[bsw-bezugekonto.de](http://bsw-bezugekonto.de)  
Oder bei einer von rund 1000 Filialen der Commerzbank



\* Kostenlos nur bei privater Nutzung, ab 0,01 Euro mtl. Mindestgeldeingang, sonst 9,90 Euro je Monat, belegloser Kontoführung und Nutzung von Commerzbank-Cash Group-Geldautomaten. Zusätzlich fallen 1,50 Euro je Vorgang/Scheck für belegte Inlands-/SEPA-Überweisungen, Einzug von auf Euro ausgestellten Inlandschecks sowie je Bargeldaus- und Bargeldeinzahlung am Schalter der Commerzbank an. Diese und alle weiteren Bedingungen und Informationen finden Sie unter [www.bsw-bezugekonto.de](http://www.bsw-bezugekonto.de).

Info unter:  
**Telefon: 0800 444 00 14**  
(gebührenfrei; Mo - Fr: 8:00-19:00 Uhr)



[bsw-bezugekonto.de](http://bsw-bezugekonto.de)

**BSW.** Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst

## MELDUNGEN

ten länger in ihren Büros“, warnte der Stellvertretende Landesvorsitzende der GdP Sven Neumann. Zwar würden Überstunden durch das Land auch finanziell vergütet, doch der finanzielle Ausgleich biete keinen Ersatz für die KollegInnen, die aufgrund der Überstunden weniger am Familienleben partizipieren können. Auch seien die ausgezahlten Stunden nach Erkenntnissen der GdP rückläufig.

### THÜRINGEN

#### KLEINE ENTSCHEIDUNG, GROSSE WIRKUNG

Die GdP Thüringen setzt sich seit Jahren dafür ein, dass der Bereitschaftsdienst durchgehend für die Beschäftigten honoriert und als Dienstzeit angerechnet wird. Das Bundesverwaltungsgericht hat diesbezüglich bereits am 22. Januar 2009 ein Urteil erlassen. In diesem wird die Rechtsauffassung beschrieben, dass ein Bereitschaftsdienst auch Ruhephasen einschließen kann. Dementsprechend ist gemäß § 3 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 der Thüringer Erschwerniszu-lagenverordnung Bereitschaftsdienst, der zu ungünstigen Zeiten verrichtet wird, voll zu berücksichtigen. Dieses bezieht Schlafenszeiten während des angeordneten Bereitschaftsdienstes ein. Das Thü-



Foto: pixabay.com/freeline

ringer Finanzministerium erkennt nun Bereitschaftsdienste als volle Dienstzeit mit Zulagengewährung an. Somit ist ein kleiner Schritt für die volle Anerkennung der Dienstzeiten mit Zulagengewährung zum DUZ (Dienst zu ungünstigen Zeiten) laut GdP Thüringen erfolgt.

## Höchste Zeit, ...



**Debeka**

Krankenversicherungsverein a. G.

... dass Sie sich jetzt von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen, wie z. B. bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, Heilpraktikerbehandlung, keine Rezeptgebühren. Sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 3 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

**anders als andere**

Info  
**(08 00) 8 88 00 82 00**  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)



VER.DI

## TARIFVERTRAG DIGITALISIERUNG – VERHANDLUNGEN BEGINNEN

Bereits im Oktober 2019 haben sich die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) darauf verständigt, die Digitalisierungsprozesse und damit einhergehende Veränderungen von Arbeitsabläufen beim Bund tarifvertraglich zu regeln. ver.di will somit für die Beschäftigten die Teilhabe an den digitalen Möglichkeiten erreichen. Zudem sollen die Beschäftigten vor etwaigen Risiken, die mit der Digitalisierung einhergehen können, geschützt werden. Neben Qualifizierungsmaßnahmen soll über einen Zugang zu neuen Arbeitsformen, beispiels-



Foto: istockphoto.de/amyberkut

weise zu agiler Arbeit und dem Thema Homeoffice, verhandelt werden. Weitere Themen sind Datenschutz und Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten sowie Beschäftigungssicherung und Rationalisierungsschutz. Die Verhandlungen beginnen am 28. Februar.

EVG

## WAHLMODELL MIT SECHS WAHLMÖGLICHKEITEN

Die EVG hat in der Tarifaueinandersetzung mit der Deutschen Bahn im Jahr 2016 erstmals für die Beschäftigten eine Wahlmöglichkeit zwischen verschiedener Komponenten – mehr Geld, zusätzlicher Urlaub oder eine Arbeitsverkürzung – ausgehandelt. Wirksam wurde das EVG-Wahlmodell 2016 zum 01.01.2018. An ihre getroffene Wahl waren die Beschäftigten zunächst 2 Jahre gebunden. Das bestehende EVG-Wahlmodell wird nun ab dem 01.01.2021 erweitert. Künftig können die Beschäftigten ihre Wahl auch sechs möglichen Kom-

binationen treffen. Hierfür stellt die EVG einen einheitlichen Fragebogen bzw. ein Formular zur Beantragung auf [www.evg-online.de](http://www.evg-online.de) zur Verfügung. Dieses gewährleistet, dass Anträge schnell und effizient bearbeitet werden können. Mitglieder der EVG haben dann zukünftig jedes Jahr zum 30. Juni die Möglichkeit, ihre Wahl zu ändern. Aber Achtung: In diesem Jahr gilt für die Wahl einmalig die Sonderfrist 31. März!



Fragebogen/Formular zur Beantragen unter [www.evg-online.de](http://www.evg-online.de)

IG BAU

## MEHR FACHKRÄFTE ZUM SCHUTZ DER WÄLDER

Nicht nur Waldbrände, Käferbefall und Sturmschäden bedrohen den Waldbestand, auch jahrelange Kürzungen bei Fachkräften trugen zu einem schlechteren Schutz der Wälder bei. Dies kann dem aktuellen Waldzustandsbericht entnommen werden. Die Forstgewerkschaft IG BAU fordert deshalb eine 180-Grad-Wende bei der Personalpolitik. Ein Schlüssel, den Folgen des Klimawandels zielgerichtet etwas entgegenzusetzen, ist es mehr qualifizierte ForstarbeiterInnen in die Wälder zu bringen, so die IG BAU. Der stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Harald Schaum sieht hier den Staat in der Pflicht: „Bund, Länder und Kommunen müssen schnellstens einen Wald-Masterplan vorlegen. Es ist ihre Verantwortung gemeinsam mit dem privaten Waldbesitz eine nachhaltige Waldstrategie zu entwickeln, die es ermöglicht, die Ziele



Foto: pixabay.com/IF3000

der UN-Klimakonferenz tatsächlich zu erreichen.“ Die IG BAU hat in diesem Zusammenhang einen Acht-Punkte-Katalog für Sofortmaßnahmen aufgelegt. Dieser sieht u. a. vor, Kürzungen in den öffentlichen Forstverwaltungen und Forstbetrieben sofort zu stoppen, qualifiziertes Fachpersonal aufzubauen und die Forschung zum Umbau der Wälder zu intensivieren.

# KLINIKEN UND SONSTIGE GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN

## Klinik Graal-Müritz

Internistische und onkologische Erkrankungen. Die Therapie – eine Kombination aus Schulmedizin, Ganzheitsmedizin, Naturheilverfahren u.a.



[www.Klinik-Graal-Mueritz.de](http://www.Klinik-Graal-Mueritz.de)

## Gesundheitszentrum Oberammergau

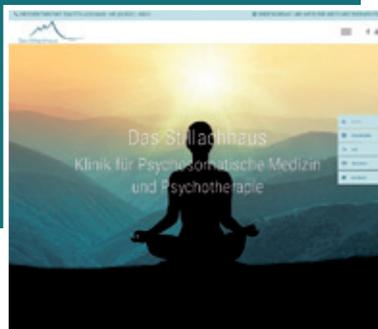
Die Fachklinik am Kofel im Gesundheitszentrum Oberammergau ist bundesweit eine der führenden Adressen im Bereich Rehabilitation.



[www.gesundheitszentrum-oberammergau.com](http://www.gesundheitszentrum-oberammergau.com)

## Stillachhaus Privatklinik

Renommierte Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie. Die Klinik liegt über Oberstdorf im Allgäu auf einem sonnigen Hochplateau.



[www.stillachhaus.de](http://www.stillachhaus.de)

## Kliniken für Psychosomatik und Psychotherapie

Depressionen, Angststörungen, Burnout, Essstörungen, Posttraumat. Belastungsreaktionen, Persönlichkeits- und Psychosomatische Störungen.



[www.dr-reisach-kliniken.de](http://www.dr-reisach-kliniken.de)

## Ev. MutterKindKlinik Spiekeroog, Dünenklinik

Erschöpfungszustände, psychosomatische Erkrankungen, Erkrankungen der Atemwege und der Haut, Erkrankungen des Bewegungsapparates.



[www.duenenlinik.de](http://www.duenenlinik.de)

## Klinik Sonneneck

Spezialisierte Fachklinik für onkologische und hämatologische AHB-, AR- und Reha-Maßnahmen sowie Mitbehandlung von Atemwegserkrankungen.



[www.rehaklinik.net](http://www.rehaklinik.net)

## Nordseeklinik Westfalen

Erkrankungen der Lunge und Atemwege: COPD, Asthma, Lungenemphysem, Alpha-1-Antitrypsinmangel, Erschöpfungssyndrom, Präventionsmaßnahmen.



[www.nordseeklinik.online](http://www.nordseeklinik.online)

## Hier könnte „Ihr Empfehlungseintrag“ stehen...

Rufen Sie uns einfach an Christa Jäcker Tel. 0201 776251 oder schreiben Sie uns eine E-Mail: kontakt@marketing-oeffentlicher-dienst.de



[www.marketing-oeffentlicher-dienst.de](http://www.marketing-oeffentlicher-dienst.de)

# Spielregeln für faire Personalratswahlen

Der Personalrat vertritt die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Er bekommt dafür ein Mandat auf Zeit. Im Frühjahr 2020 stehen deshalb im Bund und in mehreren Bundesländern Personalratswahlen an. Gewählt wird auf Bundesebene sowie in Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Bremen und Berlin.

Die freie, gleiche und geheime Wahl ist im Personalvertretungsrecht eine der zentralen Maximen. Deshalb gibt es Regeln zum Schutz der Personalratswahl, die für einen gesetzeskonformen Ablauf sorgen sollen.\* Im Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) bildet der § 24 die Leitplanken für ein faires Wahlverfahren.

## § 24 BUNDESPERSONALVERTRETUNGSGESETZ

(1) Niemand darf die Wahl des Personalrates behindern oder in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise beeinflussen. Insbesondere darf kein Wahlberechtigter in der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts beschränkt werden. (...)

(2) Die Kosten der Wahl trägt die Dienststelle. Notwendige Versäumnis von Arbeitszeit infolge der Ausübung des Wahlrechts, der Teilnahme an (...) Personalversammlungen oder der Betätigung im Wahlvorstand hat keine Minderung der Dienstbezüge oder des Arbeitsentgeltes zur Folge. (...)

**Das Verbot, die Wahl zu behindern**, gilt dabei für jedermann. Ein erster wichtiger Adressat dieser Norm ist die Dienststelle. Sie darf bspw. die Vorbereitung und Durchführung der Wahl nicht stören und muss den Mitgliedern des Wahlvorstands die nötige Dienst- oder Arbeitsbefreiung erteilen. Untersagt sind zudem Verzögerungen oder Untätigkeit, etwa indem dem Wahlvorstand nötige Unterlagen oder Räumlichkeiten verwehrt werden. Aber auch der Wahlvorstand selbst darf die Wahl nicht verschleppen oder anderweitig behindern. Die Formulierung, dass „kein Wahlberechtigter in der Ausübung seines aktiven und passiven Wahlrechts beschränkt werden“ darf, soll Beschäftigte schützen. Der Dienststelle sind alle Personalmaßnahmen

untersagt, die eine erfolgreiche Kandidatur verhindern sollen (etwa eine Kündigung oder Versetzung). Indem die Kosten des gesamten Wahlverfahrens durch die Dienststelle getragen und Bezüge bei wahlbedingt ausfallender Arbeitszeit weitergezahlt werden, wird das Wahlrecht ebenfalls geschützt (§ 24 Abs. 2 BPersVG).

Um vor der Wahl die Willensbildung zu schützen, ist zudem die **Wahlbeeinflussung verboten**, die den Rahmen der „guten Sitten“ verlässt. Heißt: Im Wahlkampf darf um Positionen gestritten und dabei durchaus auch zugespitzt werden. Die Grenze zu Schmähkritik, Rufmord oder vorsätzlicher Täuschung darf dabei aber nicht überschritten werden.

In allen Landespersonalvertretungsgesetzen finden sich Entsprechungen zum § 24 BPersVG.

## ÜBERSICHT DER WAHLSCHUTZVORSCHRIFTEN AUS LANDESPERSONALVERTRETUNGSGESETZEN

Berlin	§§ 20, 21
Bremen	§ 20
Hessen	§ 21
Niedersachsen	§ 20
Nordrhein-Westfalen	§ 21
Sachsen-Anhalt	§ 24

 **\* Vgl. für die folgende Darstellung:** Gronimus, A. (2016): Spielregeln für faire Wahlen, Der Personalrat 1/2016, S.20ff

**Vgl. auch:** Altvater et al. (2019): BPersVG – Bundespersonalvertretungsgesetz. Kommentar für die Praxis mit Wahlordnung und ergänzenden Vorschriften, Bund-Verlag, Frankfurt a.M., S. 375ff.

**Weiterführende Literatur:** Klimpe-Auerbach, W. (2020): Leitfaden für Personalratswahlen. Eine Handlungsanleitung für Wahlen nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz, Bund-Verlag, Frankfurt a.M.

URTEIL

LEISTUNGSBEZOGENE BESOLDUNG FÜR FESTGESTELLTE PERSONALRATSMITGLIEDER?

Nein, wenn es nach dem Bundesverwaltungsgericht geht. Dieses entschied, dass ein ganz vom Dienst freigestelltes Personalratsmitglied in aller Regel keinen Anspruch auf Einbeziehung in die Entscheidung des Dienstherrn über die Gewährung leistungsbezogener Besoldungselemente hat. Die Entscheidung für ein solches bedürfe eine herausragende besondere Leistung (persönlich oder als Teammitglied). Bei ganz vom Dienst freigestellten Personalratsmitgliedern sei diese jedoch nahezu ausgeschlossen. Anerkannte fiktionale beamtenrechtliche Instrumente könnten sie nicht ersetzen. Hier finde das personalvertretungsrechtliche Benachteiligungsverbot seine Grenze. Dies sei nur dann anders zu bewerten, wenn die Beamtin/der Beamte in der Zeit vor der Freistellung wiederholt herausragende besondere Leistungen erbracht hat und diese mit einer Form der Leistungsbesoldung honoriert wurden. BVerwG 2 C 22.18 – Urteil vom 23.01.2020

DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS 2020  
BEWERBUNGSRUNDE ERÖFFNET



Ab sofort und bis zum 31.05.2020 läuft die Bewerbungsfrist für den Deutschen Personalräte-Preis 2020. Im Rahmen des Schöneberger Forums, das am 11./12.11.2020 in Berlin stattfinden wird, werden dann Personalräte für besonders beispielhafte Projekte und Initiativen aus den Jahren 2018 bis 2020 prämiert.



Alle Informationen zur Bewerbung und Teilnahmebogen unter [www.dprp.de](http://www.dprp.de)

BROSCHÜRE

DER BUNDESRAT

Der Bundesrat ist neben der Bundesregierung, dem Bundestag, dem Bundespräsidenten und dem Bundesverfassungsgericht eines von fünf Organen im deutschen Bundesstaat. In einer empfehlenswerten Broschüre stellt sich der Bundesrat vor, erläutert seine Zusammensetzung, benennt Aufgaben und beschreibt seinen Wirkungsgrad.



Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden: [www.bundesrat.de/DE/service/infomaterial/infomaterial-node.html](http://www.bundesrat.de/DE/service/infomaterial/infomaterial-node.html)



BERATUNG UND UNTERSTÜTZUNG

LOHNSTEUERSERVICE DER GEWERKSCHAFTEN

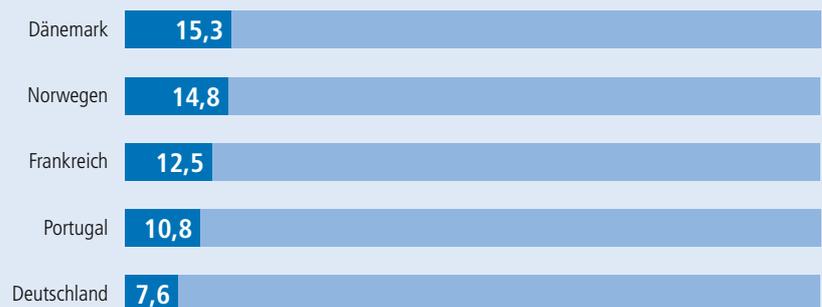
Gut, wenn man Gewerkschaftsmitglied ist. Denn die Gewerkschaften bieten ihren Mitgliedern eine persönliche Lohnsteuerberatung an, erteilen schriftliche Auskünfte per Mail und bietet auch die Möglichkeit einer telefonischen Beratung. Nähere Informationen finden sie auf den Homepages der Gewerkschaften.

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Der öffentliche Dienst im europäischen Vergleich

Gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung geben die europäischen Nachbarn deutlich mehr für ihren öffentlichen Dienst aus als Deutschland. Im Jahr 2018 haben die vier skandinavischen Länder Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden im Durchschnitt 13,8 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Personal im öffentlichen Dienst ausgegeben, Deutschland hingegen nur 7,6 Prozent.

AUSGABEN FÜR PERSONAL – ANTEIL AM BIP (IN PROZENT)



QUELLE: DGB PERSONALREPORT 2019 AUF BASIS VON EUROSTAT

# Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie leisten täglich viel im stressigen Arbeitsalltag. Die **DBV Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung** speziell für **Beamte** bietet Ihnen Schutz von Anfang an – egal, was kommen mag.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter **www.DBV.de**.



Eine Marke der AXA Gruppe

– Anzeige –



## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst Unser Angebot – Ihr Vorteil

### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### Bestellungen:

Noch schneller geht es online unter: [www.d-b-w.de](http://www.d-b-w.de)

### Bestellung

per E-Mail: [info@d-b-w.de](mailto:info@d-b-w.de)  
per Telefon: 0211 7300335  
per Telefax: 0211 7300275  
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.d-b-w.de](http://www.d-b-w.de)

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Konto-Nummer \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**



# Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Beamte

**FOCUS MONEY**

**SEHR GUTE  
PKV-  
BEIHILFETARIFE**

Top-Schutz  
Franke || Bornberg  
Test 42/2017

**Die HUK-COBURG ist ein starker Partner,  
auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:**

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell bis zu vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar bis zu sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

**Wir beraten Sie gerne:**

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Oder rufen Sie direkt an: Telefon 0800 215315401.**



**HUK-COBURG**

Aus Tradition günstig